

Schweizer «Ernährungssystemgipfel» vom 2. Februar 2023 in Bern – ein fragliches Konzept

Seit der Finanzkrise werden wirtschaftspolitische Konflikte immer deutlicher durch Regulierungsmassnahmen und Einschränkungen demokratischer Errungenschaften zu lösen versucht. So soll die boden- und naturgebundene Landwirtschaft durch ein von oben reguliertes «Ernährungssystem» ersetzt werden.

Im Beitrag soll ein Blick geworfen werden auf Hintergrund und Herkunft vom NGO-geleiteten Reformbestrebungen. Unter dem Deckmantel der Ökologie sollen Methoden des Systems Engineering auf Natur und Gesellschaft aufoktroiert werden.

Am 2. Februar moderierten eine Vertreterin eines Werbebüros sowie eine Journalistin der «Republik» an der Universität Bern den «Schweizer Ernährungssystemgipfel». Gezeigt wurden die Ergebnisse einer privaten Initiative, welche sich selbst die Aufgabe stellte, mit einer Anzahl rein zufällig aus der Schweiz ausgewählter Personen Vorschläge für ein «künftiges Ernährungssystem» zu machen. Mit diesem Kommunikations-Trick wollte man offensichtlich dartun, es würden hier Ideen der Bevölkerung präsentiert. Die präsentierten Vorschläge trugen jedoch vielmehr die Handschrift der UNO und der ihr angegliederten bzw. vorgelagerten privaten NGOs. So heisst es: «Das Netzwerk für Nachhaltigkeitslösungen **SDSN Schweiz** vernetzt Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, um die Umsetzung der 17 globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und darüber hinaus voranzutreiben». «SDSN» ist die jedermann geläufige Abkürzung für *Sustainable Development Solutions Network*. Das Netzwerk „Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen, kurz SDSN oder UNSDSN ist ein internationales Netzwerk zur Erarbeitung von lokalen, nationalen und globalen Lösungen sowie der Kommunikation im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung. Inzwischen gibt es ein ‘SDSN USA’, ein ‘SDSN Europe’ und das ‘SDNS Switzerland’ mit dem Titel «SDSN Schweiz – vom Wissen zum Handeln für die Agenda 2030», welche „Wege zu einem nachhaltigen Ernährungssystem der Schweiz“ aufzeigen möchte. Die Präsentation der sogenannten Ergebnisse des erwähnten „schweizerischen Bürgerinnenrates“ leitet sich direkt her aus dem United Nations Food Systems Summit 2021, den die UNO vorgängig in enger Zusammenarbeit mit dem World Economic Forum, WEF 2012, veranstaltet hat. Es ging darum „Pfade und Möglichkeiten der Transformation zu gesunden und nachhaltigen Ernährungssystemen bis 2030 aufzuzeigen.“ Was hier nun in Bern als ein Ergebnis „eines schweizerischen Bürgerinnenrates“ präsentiert wurde, ist nichts anderes als das, was u.a. auch das Landwirtschaftsdepartement der USA mit der Sustainable Productivity Growth Coalition 2021 verfolgt: Mit Industrie 4.0, Digitalisierung der Interaktionen zwischen Technik und den Naturprozessen, sollen die bisher in der Wachstumswirtschaft zu Tage getretenen ökologischen Konflikte beseitigt werden. Damit wird jedoch nicht nur **die bäuerliche Landwirtschaft** zum Verschwinden gebracht, sondern es wird neu ein „Ernährungssystem“ installiert und von der Produktion bis zum Konsum durchreguliert. Dieses vom WEF 2012 in die Wege geleitete Konzept widerspricht komplett dem Weltagrарbericht der UNO von 2008. Eine Debatte über diese 180-Grad-Wende der UNO gab es nie.

Dass Produzenten und Konsumenten an sich eine Gemeinschaft bilden — oder bilden sollten —, ist nicht neu. Ebenso ist der Abstand zwischen Feld und Stall und dem Esstisch längst bekannt. Zwischen Feld und Stall und den Konsumenten liegt ein wirtschaftlich hochkonzentrierter industriell-gewerblicher Bereich von Transport, Verarbeitung, Verpackung und Verteilung. Dass die Produktions- und Marktbedingungen zwischen der Landwirtschaft und dem Lebensmittelgewerbe bzw. -industrie bezüglich der Markt- und Produktionsbedingungen völlig verschieden sind, fand jedoch kaum Eingang in die öffentliche wirtschaftspolitische Diskussion. Ebenso wurde der Zusammenhang zwischen der konzentrierten Marktmacht auf gewerblich-industrieller Seite und als Ergebnis davon die systematische Unterbezahlung der Landwirtschaft nicht ausreichend zur Kenntnis genommen:

Vor 20 Jahren hat die SVIL wiederholt — auch an der Expoagricole — vorgeschlagen, der Landwirtschaft zu ermöglichen, sich mit mehr Marktmacht im Absatzbereich auszustatten. Dies scheiterte am Einspruch der WEKO. Auch der Konsumentenschutz SKS musste seine anfängliche Unterstützung des SVIL-Vorschlages wieder fallenlassen.

Denn die im Bereich der Lebensmittelversorgung tätige Industrie optimiert ihre Prozesse nach wirtschaftlichen Wertschöpfungs- und Renditegesichtspunkten und untersteht dem bekannten Wachstumszwang. Der Konflikt mit den Lebensbedürfnissen **einer gesunden Ernährung** und mit den **von der Natur** bestimmten Produktionsbedingungen ist ein *wirtschaftlicher Konflikt*.

Er führte dazu, dass sowohl die Landwirtschaft, — wie aber auch die Konsumgewohnheiten — immer mehr der industriellen Verarbeitungslogik unterworfen wurden. Folglich konzentrierte sich die Wertschöpfung auf den hochkonzentrierten Nahrungsmittelmarkt, was auf die Produzentenpreise drückt und die systematische Unterbezahlung der Landwirtschaft bewirkt.

Als Folge dieser Marktsituation ergab sich nun weiter, dass bei zunehmender eingewanderter Bevölkerungszahl — und somit sinkendem Selbstversorgungsgrad — die Landwirtschaft im Hochpreisland Schweiz wegen der erwähnten Unterbezahlung gezwungen war, sich auf die wertschöpfungsstärksten Bereiche der Veredelung (Tierhaltung) zu konzentrieren. Die kürzlich präsentierte Studie von Vision Landwirtschaft will diesen Zusammenhang nicht sehen und behauptet, die starke Stellung der Veredelung sei durch die Agrarpolitik verursacht. Es ist genau umgekehrt: Weil WTO-bedingt der Grenzschutz gesenkt wurde, verschob sich die Produktion notgedrungen aus Einkommensgründen in die Veredelung. Direktzahlungen sind produktionsunabhängige direkte Einkommenszahlungen, um die Differenz der Hochpreisinsel Schweiz zum Import auszugleichen. Dass die Landwirtschaft sich in Richtung der Veredelung verschoben hat, hat doch nichts mit den Direktzahlungen zu tun.

Ebenso ist auch der Selbstversorgungsgrad trotz der millionenfachen Zuwanderung nicht entsprechend gesunken, weil *den Bauern* einzig die Mehrproduktion einen Ausweg aus der Unterbezahlung ermöglichte.

Doch es war politisch nicht erlaubt, darauf hinzuweisen, dass das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und eigener Bodengrundlage an eine Belastungsgrenze stösst.

Anstatt rechtzeitig diese Grenzen zu beachten — wie es die Masseneinwanderungsinitiative verlangte — wurde die AP 14-17 dazu benutzt, die an die Produktion gebundenen, einkommensstützenden Direktzahlungen herunterzufahren und durch Beiträge an Umweltpflegeleistungen zu ersetzen. Dadurch wurden Investitionen in die Produktion zu Fehlinvestitionen, und die Umleitung der bisher einkommensstützenden Direktzahlungen auf Pflegebeiträge führte lediglich zu zusätzlichen Arbeitsstunden bei gleichbleibenden Direktzahlungen und damit nur zu mehr und noch schlechter bezahlter Arbeit.

Die AP 22 versuchte die eingeschlagene Sackgasse dadurch lösen, dass man nun offen **die Dezimierung der produktiven Landwirtschaft zum agrarpolitischen Programm** machte.

Dagegen zog dann das Parlament 2020/21 die Notbremse: Die entstandenen Konflikte sollten *nicht auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft und des Selbstversorgungsgrades* gelöst werden. Vielmehr sollten die *Ursachen der Fehlentwicklung* auf den Tisch kommen und der Bundesrat wurde angehalten, darüber einen Bericht abzugeben.

Diesem Auftrag des Parlamentes kam der Bundesrat jedoch nicht eigentlich nach, sondern er präsentierte nun unter offensichtlicher «Hilfe» seitens des WEF den Vorschlag, man müsse die *Agrarpolitik* durch ein umfassendes «*Ernährungssystem*» ersetzen.

Von den Bauern und der produktiven Landwirtschaft wird die Anpassung an die Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele der internationalen Umweltorganisationen verlangt. Die Landwirtschaft soll ihre wertschöpfungsstarken Bereiche herunterfahren, die Konsumenten sollen ihre Ernährung umstellen und das alles soll zusätzlich «zu fairen Preisen» erfolgen.

Die am Donnerstag in Bern vorgestellten Vorschläge der SDSN als Teil eines globalen Umweltnetzwerkes sind ein international vernetztes Manöver, um **die bäuerliche Landwirtschaft gegen den Willen des Volkes und der Verfassung (Art. 104 und 104 a BV) und entgegen der erfolgten Zurückweisung der AP 22plus dennoch herunterzufahren** zu können. Dahinter steht ein 'globales Geschäftsmodell', das die ökologischen Konflikte zur Installation einer ökonomischen New World Order einsetzen will: Die Lebensmittelproduktion soll **von der Naturgrundlage abgekoppelt** werden, damit die Umweltziele, — wie weniger CO2 Emission, weniger Hilfsstoffverbrauch etc. — besser erreicht werden können. Dies soll erfolgen durch informationstechnische orbitgestützte Netzwerke, Precision Farming, Vertical Farming, sowie Züchtungen, welche sich sowohl an ökologische Schadensentwicklungen, aber ebenso an die Erfordernisse eines beschleunigten industriellen Stoffwechsels anpassen und es ermöglichen, die Nahrungsmittelproduktion in den Bioreaktor zu verlegen. Indem die Landwirtschaft selbst von der natürlichen Bodengrundlage getrennt wird, würden Natur, Wasser, Luft, Böden, Artenvielfalt, etc. entlastet und die Ernährung würde als Nutraceuticals ganz auf die 'Gesundheit' ausgerichtet. Durch diese totale Regulierung eines solchen «Ernährungssystems» sind auch faire Preise eingeplant. «Niemandem wird etwas weggenommen, alle werden versorgt», sagte doch Klaus Schwab. Nicht nur werden vermehrt Insekten verspeist, vielmehr wird die Gesellschaft selbst ökologisch durchorganisiert, wie ein Insektenstaat selbst.

Hans Bieri, SVIL

Glossar

AP 14-17, Agrarpolitik für die Jahre 2014 bis 2017. Alle 4 Jahre muss das Parlament das Budget für die Stützung der Landwirtschaft, insbesondere den Zahlungsrahmen für die die Direktzahlungen beschliessen. Die Direktzahlungen sind direkte Einkommenszahlungen an die Bauern, um den wegen der WTO reduzierten Grenzschutz und die dadurch tieferen Produzentenpreise auszugleichen. In der AP 14-17 wurden diese Direktzahlungen als Einkommenstütze jedoch gestrichen und für Zahlungen an zusätzlich verlangte Pflege- bzw. ökologische Leistungen ausgerichtet. Das bedeutet, dass seitdem die Bauern für das gleiche Einkommen Mehrarbeit leisten müssen. Dadurch wurde das als Antwort auf die Uruguay-Runde eingeführte Direktzahlungskonzept auf den Kopf gestellt und die Unterbezahlung der Landwirtschaft verschärft.

SVIL, Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft, gegründet 1918 als Folge der Hungerkrise im Ersten Weltkrieg. www.svil.ch. Die Industrie erkannte damals, dass der Freihandel der Industrie nicht auf die Landwirtschaft übertragen werden kann. Vor dem Ersten Weltkrieg wurden in der Schweiz nur noch 14% des Brotgetreides produziert. Das führte 1918 zur Versorgungskrise mit Lebensmitteln. Folgerichtig setzte sich die Industrie für den Schutz einer eigenen Landwirtschaft und für eine deutliche Erhöhung des Selbstversorgungsgrades ein.

Vision Landwirtschaft, ein Verein, der durch Stiftungen und Einzelpersonen unterstützt wird. Der Verein will den Konflikt zwischen Wachstumswirtschaft und Naturgrundlage nicht bei den Ursachen lösen, sondern durch eine Extensivierung und Dezimierung der Lebensmittelproduktion auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft. Diese Agrarkritik hat einen neoliberalen Einschlag.

WEF, World Economic Forum. Am WEF-Treffen von 2012 wurden erste deutliche Vorstösse gemacht, die gegen den Weltagrarbericht von 2008 gerichtet waren, welcher die bäuerliche Landwirtschaft gegen die Agrarindustrialisierung stärken wollte. Am WEF 2012 tauchten Vorschläge auf, welche die Landwirtschaft durch Technisierung ökologischer machen will. Dazu gehört auch die genetische Anpassung der Pflanzen, um sie den Erfordernissen der Industrialisierung anzupassen.

WEKO, Wettbewerbskommission der Schweiz, eine Milizbehörde, die über Anwendung und Einhaltung des Kartellrechtes wacht. Die WEKO erlaubte keinen Zusammenschluss der bäuerlichen Produzenten, um gegenüber den hochkonzentrierten Verarbeitern und Verteilern mehr Marktmacht und folglich bessere Produzentenpreise erreichen zu können.

WTO, Welthandelsorganisation, Nachfolgeorganisation des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), welche den einzelnen Staaten erlaubt hat, ihre eigene Landwirtschaft durch Zölle und Qualitätsvorschriften zu schützen. Die WTO hat in der sogenannten Uruguay-Runde, 1986 bis 1994, diesen Schutz aufgehoben. Heute wird der WTO-Prozess durch den Widerstand der BRICS-Staaten in Frage gestellt.